

HENDRIK MEIER

# Unionsbürgerschaft und Auslieferungsschutz

*Jus Internationale et Europaeum*

217

---

Mohr Siebeck

# Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn, Angelika Nußberger und Christian Walter

217





Hendrik Meier

# Unionsbürgerschaft und Auslieferungsschutz

Eine rechtsdogmatische Untersuchung  
der Bedeutung der Unionsbürgerschaft  
im Rahmen mitgliedstaatlicher Auslieferungen  
an Drittstaaten

Mohr Siebeck

*Hendrik Meier*, geboren 1992; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Münster und der Università degli Studi di Perugia; 2017 Erste Juristische Prüfung; Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin; 2024 Promotion und Zweite Juristische Staatsprüfung.  
orcid.org/0009-0008-0586-0452

ISBN 978-3-16- 164755-0 / eISBN 978-3-16-164756-7

DOI 10.1628/978-3-16-164756-7

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Laupp und Göbel, Gomaringen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland  
[www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com), [info@mohrsiebeck.com](mailto:info@mohrsiebeck.com)

## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis April 2025 berücksichtigt werden.

Danken möchte ich zuvörderst *Prof. Dr. Markus Kotzur, LL.M. (Duke Univ.)*, der mir den Freiraum ließ, das Thema der Arbeit eigenständig zu entwickeln und ihren Entstehungsprozess mit großem Zutrauen begleitete. *Prof. Dr. Armin Hatje* danke ich für die Anfertigung des Zweitgutachtens. Weiter möchte ich *Univ.-Prof. Dr. Otto Lagodny* und *Prof. Dr. Till Zimmermann* für die Möglichkeit zur Diskussion einzelner Aspekte der Untersuchung danken. Wertvolle Hinweise aus praktischer Perspektive verdanke ich *Dr. Ralf Riegel*.

*Univ.-Prof. Dr. Michael Lysander Fremuth* danke ich ferner für die Betreuung meines Forschungsaufenthalts an der Universität Wien und dem Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte im Sommersemester 2021 sowie der Universität Hamburg für die Gewährung eines Stipendiums hierfür.

*Prof. Dr. Thilo Marauhn*, *Prof. Dr. DDr. h.c. Angelika Nußberger, M.A.*, und *Prof. Dr. Christian Walter* danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe *Jus Internationale et Europaeum*.

Mein tiefer Dank gebührt schließlich meinen Freundinnen und Freunden. *Dr. Lars Kroemer* danke ich für die Durchsicht einzelner Abschnitte des Manuskripts. Besonders danken möchte ich *Janna Frizen*, *Dr. Brigitte Meier* und *Dr. Mara Sieren-Tietmeyer*, die die Durchsicht des gesamten Manuskripts auf sich genommen haben. Für ihren Beistand danke ich aber auch denjenigen meiner Freundinnen und Freunde, die formal nicht zur Entstehung der Arbeit beigetragen haben, sowie meinen Eltern und meiner Schwester, auf deren Unterstützung ich mich immer verlassen konnte. Der größte Dank aber gilt *Janna*, mit der ich über den gesamten Zeitraum der Entstehung dieser Arbeit mein Leben teilen durfte. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Berlin, im Oktober 2025

Hendrik Meier



## Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI

Einführung: Die Angehörigkeit des verfolgten Individuums als entscheidungserhebliches Kriterium für die Frage seiner Auslieferung . . . . .	1
---	---

§ 1 Terminologische Vorbemerkung . . . . .	8
§ 2 Methodik und Erkenntnisinteresse . . . . .	9
§ 3 Gang der Untersuchung . . . . .	15

Erstes Kapitel: Die Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger als Blaupause für die rechtliche Bedeutung von Angehörigkeit im Rahmen der Auslieferung . . . . .	17
---	----

§ 4 Die Staatsangehörigkeit . . . . .	18
§ 5 Das Gebot der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger . . . . .	21

Zweites Kapitel: Die Unionsbürgerschaft als Untersuchungsgegenstand: Zwei Perspektiven . . . . .	35
---	----

§ 6 Die Unionsbürgerschaft als Status . . . . .	37
§ 7 Die Unionsbürgerschaft als Angehörigkeit an der EU . . . . .	42

Drittes Kapitel: Die Anwendbarkeit unionsrechtlicher subjektiver Rechte als Determinante der rechtlichen Bedeutung der Unionsbürgerschaft im Rahmen drittstaatlicher Auslieferungersuchen . . . . .	49
--	----

§ 8 Die Auslieferungssituation als Untersuchungsfeld . . . . .	53
§ 9 Die territoriale und temporale Anwendbarkeit des Unionsrechts in der Auslieferungssituation . . . . .	72



§ 10 Die sachliche Anwendbarkeit spezifischer unionsrechtlicher Rechte in der Auslieferungssituation . . . . .	73
§ 11 Die Implikationen der Anwendbarkeit spezifischer subjektiver Rechte für die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation . . . . .	265
§ 12 Fazit: Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation . . . . .	281
 Viertes Kapitel: Der Gehalt des über die Unionsbürgerschaft vermittelten Auslieferungsschutzes . . . . .	
§ 13 Die Bindung der Mitgliedstaaten an Unionsrecht in der Auslieferungssituation . . . . .	287
§ 14 Der Gehalt der kategorialen Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation . . . . .	290
§ 15 Exkurs: Die angenäherte Rechtsstellung spezifischer Drittstaatsangehöriger und Staatenloser in der Auslieferungssituation	350
§ 16 Fazit: Der Auslieferungsschutz der Unionsbürger:innen . . . . .	358
 Zusammenfassende Schlussbetrachtungen . . . . .	
361	
 Literaturverzeichnis . . . . .	
373	
 Sachregister . . . . .	
403	

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI

Einführung: Die Angehörigkeit des verfolgten Individuums als entscheidungserhebliches Kriterium für die Frage seiner Auslieferung . . . . .	1
---	---

§ 1 Terminologische Vorbemerkung . . . . .	8
--	---

§ 2 Methodik und Erkenntnisinteresse . . . . .	9
--	---

§ 3 Gang der Untersuchung . . . . .	15
-------------------------------------	----

Erstes Kapitel: Die Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger als Blaupause für die rechtliche Bedeutung von Angehörigkeit im Rahmen der Auslieferung . . . . .	17
---	----

§ 4 Die Staatsangehörigkeit . . . . .	18
---------------------------------------	----

§ 5 Das Gebot der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger . . . . .	21
---	----

A. Die Analyse des Gebots der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger anhand des Parameters der kategorialen Relevanz . . .	23
--	----

B. Die Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger im historischen Kontext unterschiedlicher Konzeptionen von Staatsangehörigkeit . . .	23
--	----

I. Der Entwicklungsstand der Auslieferung und der Staatsangehörigkeit in der beginnenden Moderne . . . . .	24
---	----

II. Die Einführung der Staatsangehörigkeit in Frankreich . . . . .	26
--	----

III. Die Bundeszugehörigkeit zum Norddeutschen Bund . . . . .	27
---	----

IV. Die „Volksgemeinschaft“ im nationalsozialistischen Deutschland	30
--	----

Zweites Kapitel: Die Unionsbürgerschaft als Untersuchungsgegenstand: Zwei Perspektiven . . . . .	35
§ 6 Die Unionsbürgerschaft als Status . . . . .	37
§ 7 Die Unionsbürgerschaft als Angehörigkeit an der EU . . . . .	42
A. Die EU als Bezugspunkt . . . . .	44
B. Die Zuordnung der Unionsbürger:innen zur EU durch den Erwerb der Unionsbürgerschaft . . . . .	46
C. Die Zweckmäßigkeit des Angehörigkeitstopos zur Analyse des den Unionsbürger:innen potentiell zustehenden Auslieferungsschutzes . . .	48
 Drittes Kapitel: Die Anwendbarkeit unionsrechtlicher subjektiver Rechte als Determinante der rechtlichen Bedeutung der Unionsbürgerschaft im Rahmen drittstaatlicher Auslieferungersuchen . . . . .	49
§ 8 Die Auslieferungssituation als Untersuchungsfeld . . . . .	53
A. Konkretisierung des Untersuchungsfelds: Der Auslieferungsverkehr der Mitgliedstaaten der EU im Verhältnis zu Drittstaaten . . . . .	53
B. Das Auslieferungsverhältnis als Modell zur dogmatischen Einordnung der Auslieferung . . . . .	55
I. Die zwischenstaatliche Ebene des Auslieferungsverhältnisses . . .	55
1. Prozedere . . . . .	56
2. Die dogmatische Einordnung der Beziehung des ersuchenden Staats zu dem ersuchten Staat . . . . .	56
a) Grundprämissen . . . . .	57
b) Die Rezeption durch <i>Theo Vogler</i> . . . . .	58
c) Die Kritik <i>Otto Lagodnys</i> . . . . .	59
d) Stellungnahme . . . . .	60
II. Die individualrechtliche Dimension des Auslieferungsverhältnisses . . . . .	62
1. Die Anknüpfungspunkte für Bindungen des ersuchten Staats im Rahmen der Auslieferung . . . . .	64
2. Exkurs: Anerkannte Bindungen des ersuchten Staats im Rahmen der Auslieferung . . . . .	67
C. Zusammenfassung . . . . .	70
 § 9 Die territoriale und temporale Anwendbarkeit des Unionsrechts in der Auslieferungssituation . . . . .	72

§ 10 Die sachliche Anwendbarkeit spezifischer unionsrechtlicher Rechte in der Auslieferungssituation . . . . .	73
A. Die Judikatur des EuGH als Ausgangspunkt der Untersuchung . . . .	74
I.    Rs. <i>Petruhhin</i> . . . . .	75
1. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	76
2. Die Schlussanträge von GA <i>Bot</i> . . . . .	77
II.   Rs. <i>Peter Schotthöfer &amp; Florian Steiner</i> . . . . .	80
III.  Rs. <i>Pisciotti</i> . . . . .	81
1. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	81
2. Die Schlussanträge von GA <i>Bot</i> . . . . .	82
IV.  Rs. <i>Raugevicius</i> . . . . .	83
1. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	83
2. Die Schlussanträge von GA <i>Bot</i> . . . . .	84
V.    Rs. <i>Ruska Federacija</i> . . . . .	85
1. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	86
2. Die Schlussanträge von GA <i>Tanchev</i> . . . . .	87
VI.  Rs. <i>Generalstaatsanwaltschaft Berlin [Auslieferung an die Ukraine]</i> . . . .	89
1. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	90
2. Die Schlussanträge von GA <i>Hogan</i> . . . . .	92
VII. Rs. <i>Bundesrepublik Deutschland (Notice rouge d'Interpol)</i> . . . .	95
1. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	95
2. Die Schlussanträge von GA <i>Bobek</i> . . . . .	97
VIII. Rs. <i>Generalstaatsanwaltschaft München (Demande d'extradition         vers la Bosnie-Herzégovine)</i> . . . . .	99
1. Die Entscheidung des EuGH . . . . .	99
2. Die Schlussanträge von GA <i>de la Tour</i> . . . . .	100
IX.  Fazit und Ausblick . . . . .	102
B. Die sachliche Anwendbarkeit des allgemeinen Bewegungs- und Aufenthaltsrechts aus Art. 21 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	103
I.    Die Leitlinien der Judikatur des EuGH zur sachlichen Anwendbarkeit von Art. 21 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	104
II.   Dogmatische Analyse: Die sachliche Anwendbarkeit von Art. 21 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	108
III.  Exkurs: Ein Aufenthaltsrecht der verfolgten Person auf Grundlage der „Verwehrung des Kernbestands der Rechte, die der Unionsbürgerstatus verleiht“ . . . . .	112
C. Die sachliche Anwendbarkeit des Diskriminierungsverbots auf Grund der Staatsangehörigkeit aus Art. 18 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	115

I.	Die Leitlinien der Judikatur des EuGH zur sachlichen Anwendbarkeit von Art. 18 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	116
1.	Die Existenz und Anwendbarkeit eines Auslieferungsabkommens der EU . . . . .	117
2.	Das Bewegungs- und Aufenthaltsrecht aus Art. 21 Abs. 1 AEUV der verfolgten Person . . . . .	119
3.	Eine universale Pflicht zur Beachtung des Unionsrechts? . . . .	121
II.	Dogmatische Analyse: Die sachliche Anwendbarkeit von Art. 18 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	122
1.	Die Auslieferungsabkommen der EU als Faktor zur Bestimmung des sachlichen Anwendungsbereichs von Art. 18 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	124
a)	Die Auslieferungsabkommen der EU . . . . .	126
aa)	Das Abkommen mit den USA . . . . .	128
(1)	Die Vertragsparteien des AuslAbk EU-USA . . . . .	129
(2)	Effektuierungsmechanismus . . . . .	131
bb)	Das Übergabeübereinkommen mit Island und Norwegen . . . . .	135
(1)	Effektuierungsmechanismus . . . . .	136
(2)	Verhältnis zu anderen Abkommen . . . . .	139
cc)	Das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland . . . . .	142
dd)	Die multilateralen Auslieferungsabkommen, an denen die EU als Vertragspartei beteiligt ist . . . . .	146
b)	Die Anwendung der Auslieferungsabkommen der EU durch die Mitgliedstaaten in der Auslieferungssituation . . .	147
aa)	Die Anwendung des AuslAbk EU-USA durch die Mitgliedstaaten in der Auslieferungssituation . . . . .	147
bb)	Die Anwendung des ÜbgÜbk EU-ISL/NOR durch die Mitgliedstaaten in der Auslieferungssituation . . . .	149
cc)	Die Anwendung des AHZ EU-UK durch die Mitgliedstaaten in der Auslieferungssituation . . . . .	151
dd)	Die Anwendung der multilateralen Auslieferungsabkommen, an denen die EU als Vertragspartei beteiligt ist, durch die Mitgliedstaaten in der Auslieferungssituation . . . . .	153
c)	Die sachliche Anwendbarkeit von Art. 18 Abs. 1 AEUV im Kontext der Auslieferungsabkommen der EU . . . . .	154
aa)	Das AuslAbk EU-USA . . . . .	154

(1) Auslieferungen der Mitgliedstaaten als „Anwendung“ des AuslAbk EU-USA . . . . .	154
(2) Die Analogie zum mittelbaren Vollzug von Sekundärrecht . . . . .	155
(3) Die abstrakte Regelung des Auslieferungsverkehrs der Mitgliedstaaten mit den USA durch das AuslAbk EU-USA . . . . .	156
bb) Das ÜbÜbk EU-ISL/NOR . . . . .	160
cc) Das AHZ EU-UK . . . . .	162
dd) Die multilateralen Auslieferungsabkommen unter Mitgliedschaft der EU . . . . .	164
2. Die Ausübung des Bewegungs- und Aufenthaltsrechts aus Art. 21 Abs. 1 AEUV durch die verfolgte Person . . . . .	165
a) Die Ausübung des allgemeinen Bewegungs- und Aufenthaltsrechts . . . . .	166
b) Die Verdrängung der personenbezogenen Grundfreiheiten . . . . .	169
3. Die Durchführung von Sekundärrecht . . . . .	177
4. Exkurs: Die Exklusion mitgliedstaatlicher Fixierungen des Gebots der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger aus dem sachlichen Anwendungsbereich des Diskriminierungsverbots . . . . .	178
5. Fazit . . . . .	181
III. Exkurs: Der Anspruch auf diplomatischen und konsularischen Schutz aus Art. 23 Abs. 1 Satz 1 AEUV . . . . .	183
D. Die sachliche Anwendbarkeit der Grundrechte der GRC in der Auslieferungssituation . . . . .	185
I. Die Leitlinien der Judikatur des EuGH zur sachlichen Anwendbarkeit der GRC in der Auslieferungssituation . . . . .	186
1. Das Bewegungs- und Aufenthaltsrecht der verfolgten Person aus Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	187
2. Die Anwendbarkeit eines unionsrechtlichen Abkommens . . . . .	188
II. Dogmatische Analyse: Die sachliche Anwendbarkeit der GRC in der Auslieferungssituation . . . . .	190
1. Die Ausübung des Bewegungs- und Aufenthaltsrechts aus Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	193
a) Der Verweis auf das Urteil <i>Åkerberg Fransson</i> im Urteil <i>Petrubhin</i> . . . . .	194
aa) Art. 21 Abs. 1 AEUV als abstrakte Verpflichtung der Mitgliedstaaten . . . . .	196
bb) Die Auslieferungsentscheidung als „Durchführung“ einer Verpflichtung aus Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	197
b) Die Anwendung der Grundsätze des EuGH zur Anwendbarkeit der GRC im Kontext der Grundfreiheiten . . . . .	200

aa)	Die Anwendbarkeit der GRC im Kontext der Beschränkung von Grundfreiheiten . . . . .	201
bb)	Die Übertragbarkeit auf die Beschränkung des Bewegungs- und Aufenthaltsrechts aus Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	203
cc)	Der fehlende Anknüpfungspunkt in der Rechtsprechungslinie <i>Petruhhin</i> . . . . .	206
c)	Fazit: Die Rechtfertigungsbedürftigkeit von Beschränkungen des Bewegungs- und Aufenthaltsrechts als maßgeblicher Faktor . . . . .	209
d)	Exkurs: Die Anwendbarkeit der GRC auf Grund einer „Verwehrung des Kernbestands der Rechte, die der Unionsbürgerstatus verleiht“ . . . . .	211
2.	Die Beschränkung einer personenbezogenen Grundfreiheit . . . . .	212
3.	Die völkerrechtlichen Abkommen der EU als Faktor für die Anwendbarkeit der GRC in der Auslieferungssituation . . . . .	212
a)	Der Ansatz des EuGH im Urteil <i>Ruska Federacija</i> . . . . .	213
aa)	Die Erfüllung von Verpflichtungen aus Abkommen der EU als Anknüpfungspunkt . . . . .	214
bb)	Die Anknüpfung am „Anwendungsbereich einer [...] Übereinkunft“ im Urteil <i>Ruska Federacija</i> . . . . .	215
b)	Die Anwendbarkeit der GRC in der Auslieferungssituation im Kontext völkerrechtlicher Abkommen der EU . . . . .	217
aa)	Völkerrechtliche Abkommen der EU, die drittstaatsangehörige Individuen subjektiv berechtigen . . . . .	217
(1)	Das EWR-Abkommen . . . . .	218
(a)	Die mitgliedstaatliche Beschränkung der Freiheiten im EWR-Abkommen . . . . .	219
(b)	Das Aufenthaltsrecht der Staatsangehörigen der Vertragsstaaten als Grundlage der Anwendbarkeit der GRC . . . . .	221
(2)	Das Abkommen über die Freizügigkeit mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft . . . . .	224
(3)	Die Dokumente des Assoziierungsverhältnisses zur Türkei . . . . .	226
(4)	Das AA EU-UK . . . . .	229
bb)	Die Auslieferungsabkommen der EU . . . . .	233
(1)	Das AuslAbk EU-USA . . . . .	234
(a)	Die „Anwendbarkeit“ des AuslAbk EU-USA in der Auslieferungssituation als Anknüpfungspunkt . . . . .	234

(b)	Das Fehlen einer im AuslAbk EU-USA gründenden spezifischen Verpflichtung der Mitgliedstaaten in der Auslieferungssituation . . .	234
(c)	Die Analogie zum mittelbaren Vollzug von Rahmenbeschlüssen . . . . .	235
(aa)	Die Rechtsnatur des Umsetzungsrechts . . .	236
(bb)	Die bilateralen Auslieferungsverträge der Mitgliedstaaten im Verhältnis zu den USA als Umsetzung des AuslAbk EU-USA . . . .	237
(α)	Bestimmungen, die in Reaktion auf das AuslAbk EU-USA in die bilateralen Auslieferungsverträge aufgenommen wurden . . . . .	238
(β)	Bestimmungen, die das AuslAbk EU-USA inhaltlich abbilden, aber bereits vor seinem Inkrafttreten existierten . . .	242
(cc)	Fazit . . . . .	247
(2)	Das ÜbgÜbk EU-ISL/NOR . . . . .	248
(a)	Die Anwendung innerstaatlichen Umsetzungsrechts des ÜbgÜbk EU-ISL/NOR als mittelbarer Vollzug . . . . .	248
(b)	Das ÜbgÜbk EU-ISL/NOR als unmittelbar anwendbares Unionsrecht . . . . .	250
(c)	Fazit . . . . .	251
(3)	Das AHZ EU-UK . . . . .	251
(a)	Das AHZ EU-UK als unmittelbar anwendbares Unionsrecht . . . . .	252
(b)	Die Anwendung innerstaatlichen Umsetzungsrechts des AHZ EU-UK als mittelbarer Vollzug . . . . .	252
(c)	Fazit . . . . .	253
(4)	Die multilateralen Auslieferungsabkommen unter Mitgliedschaft der EU . . . . .	254
c)	Fazit . . . . .	255
4.	Sekundärrecht als Faktor für die Anwendbarkeit der GRC . . .	258
a)	Der (mittelbare) Vollzug von Sekundärrecht . . . . .	258
b)	Die mitgliedstaatliche Beschränkung subjektiver Rechte Drittstaatsangehöriger . . . . .	258
5.	Die Kompetenz der EU für den Bereich der Auslieferung der Mitgliedstaaten im Verhältnis zu Drittstaaten . . . . .	259
6.	Fazit . . . . .	260
E.	Fazit . . . . .	262



<i>§ 11 Die Implikationen der Anwendbarkeit spezifischer subjektiver Rechte für die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation</i> . . . . .	265
A. Subjektive Rechte, die tatbestandlich auf die Unionsbürgerschaft Bezug nehmen . . . . .	266
I. Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation in Konsequenz der Anwendbarkeit von Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	267
II. Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation in Konsequenz der Anwendbarkeit von Art. 18 Abs. 1 AEUV . . . . .	267
III. Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation in Konsequenz der Anwendbarkeit der personenbezogenen Grundfreiheiten . . . . .	269
IV. Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation in Konsequenz der Anwendbarkeit tatbestandlich personal begrenzter Grundrechte der GRC . . . . .	270
V. Fazit: Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation als Produkt der Anwendbarkeit tatbestandlich auf Unionsbürger:innen begrenzter subjektiver Rechte . . . . .	271
B. Subjektive Rechte, die tatbestandlich nicht personal begrenzt sind . . . . .	272
I. Die personale Verengung des sachlichen Anwendungsbereichs der GRC in der Auslieferungssituation . . . . .	274
II. Die situative Exklusivität des Eröffnungsmechanismus . . . . .	275
III. Fazit: Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation als Produkt der Anwendbarkeit tatbestandlich personal unbegrenzter subjektiver Rechte . . . . .	278
<i>§ 12 Fazit: Die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation</i> . . . . .	281
 Viertes Kapitel: Der Gehalt des über die Unionsbürgerschaft vermittelten Auslieferungsschutzes . . . . .	285
<i>§ 13 Die Bindung der Mitgliedstaaten an Unionsrecht in der Auslieferungssituation</i> . . . . .	287
<i>§ 14 Der Gehalt der kategorialen Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation</i> . . . . .	290
A. Das allgemeine Bewegungs- und Aufenthaltsrecht aus Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	290

I.	Der Gewährleistungsgehalt von Art. 21 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	291
1.	Der freiheitsrechtliche Gewährleistungsgehalt von Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	291
2.	Der gleichheitsrechtliche Gewährleistungsgehalt von Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	292
a)	Die derivative Natur des über den gleichheitsrechtlichen Gewährleistungsgehalt von Art. 21 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation gewährten Schutzes . . . . .	294
b)	Exkurs: Das Gebot der Nichtauslieferung von Unionsbürger:innen an Drittstaaten . . . . .	295
aa)	Das Gebot der Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger . . . . .	295
bb)	Die Übertragbarkeit auf die mitgliedstaatliche Auslieferung von Unionsbürger:innen an Drittstaaten . . . . .	298
II.	Die Beschränkbarkeit von Art. 21 Abs. 1 AEUV: Die Vermeidung von Straflosigkeit als Rechtfertigungsgrund . . . . .	302
1.	Auslieferungen zur Strafverfolgung: Die im Urteil <i>Petruhhin</i> begründete Benachrichtigungslösung des Gerichtshofs . . . . .	305
a)	Die historische Blaupause für die Argumentation des EuGH . . . . .	308
b)	Die Personalhoheit der Herkunftsstaaten verfolgter Unionsbürger:innen als Substrat der Argumentation des EuGH . . . . .	309
aa)	Die Strafbarkeit des:der verfolgten Unionsbürgers:in in ihrem Herkunftsstaat . . . . .	309
bb)	Die exekutive Entscheidung des Herkunftsstaats über die Ausstellung eines EuHb als Schlüsselfaktor . . . . .	311
c)	Fazit: Die Benachrichtigungslösung als prozeduraler Mechanismus . . . . .	314
2.	Auslieferungen zur Strafvollstreckung . . . . .	316
a)	Die grundsätzliche Verpflichtung ersuchter Mitgliedstaaten zur Vollstreckungsübernahme . . . . .	316
b)	Das Erfordernis der Zustimmung des ersuchenden Drittstaats . . . . .	319
aa)	Die Rechtfertigungssystematik für den Fall der fehlenden Zustimmung des ersuchenden Drittstaats . . . . .	321
bb)	Die Rechtfertigungssystematik für den Fall der Zustimmung des ersuchenden Drittstaats . . . . .	324
c)	Fazit . . . . .	326
3.	Fazit: Die Implikationen der Beschränkbarkeit des Bewegungs- und Aufenthaltsrechts aus Art. 21 Abs. 1 AEUV für seinen materialen Wert in der Auslieferungssituation . . . . .	329

III. Fazit: Die materiale Realisierung der der Unionsbürgerschaft über Art. 21 Abs. 1 AEUV vermittelten kategorialen Relevanz . . .	332
B. Das Diskriminierungsverbot wegen der Staatsangehörigkeit aus Art. 18 Abs. 1 AEUV . . . . .	334
I. Die Konsequenzen des Gewährleistungsgehalts von Art. 18 Abs. 1 AEUV in der Auslieferungssituation . . . . .	335
II. Die Beschränkbarkeit von Art. 18 Abs. 1 AEUV . . . . .	336
III. Fazit: Die materiale Realisierung der der Unionsbürgerschaft über Art. 18 Abs. 1 AEUV vermittelten kategorialen Relevanz . . .	337
C. Die Grundrechte der GRC . . . . .	338
I. Der Schutz bei Auslieferung aus Art. 19 Abs. 2 GRC . . . . .	338
II. Das Recht auf Freiheit aus Art. 6 GRC . . . . .	340
III. Der Titel VI „Justizielle Rechte“ der GRC . . . . .	341
IV. Die Achtung des Familienlebens aus Art. 7 Abs. 1 GRC . . . . .	343
V. Der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie aus Art. 33 Abs. 1 GRC . . . . .	344
VI. Der Titel I „Würde des Menschen“ der GRC . . . . .	345
VII. Das Diskriminierungsverbot wegen der Staatsangehörigkeit aus Art. 21 Abs. 2 GRC . . . . .	346
VIII. Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit aus Art. 45 Abs. 1 GRC . . .	346
IX. Fazit: Die materiale Realisierung der der Unionsbürgerschaft über die Grundrechte der GRC vermittelten kategorialen Relevanz . . .	346
D. Fazit: Gewährleistungsgehalte, in denen sich die kategoriale Relevanz der Unionsbürgerschaft in der Auslieferungssituation material realisiert . . . . .	347
§ 15 Exkurs: Die angenäherte Rechtsstellung spezifischer Drittstaatsangehöriger und Staatenloser in der Auslieferungssituation . . .	
A. Die Vergleichbarkeit der materiellen Rechtsstellung spezifischer Drittstaatsangehöriger und Staatenloser mit derjenigen der Unionsbürger:innen . . . . .	351
B. Die Vergleichbarkeit in der Auslieferungssituation . . . . .	352
I. Die Rechtsstellung spezifischer Staatsangehöriger Islands und Norwegens . . . . .	352
II. Die Rechtsstellung spezifischer Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs und ihrer Familienangehörigen . . . . .	354
C. Fazit: Die Vergleichbarkeit der materiellen Rechtsstellung spezifischer Drittstaatsangehöriger in der Auslieferungssituation mit derjenigen der Unionsbürger:innen . . . . .	356
§ 16 Fazit: Der Auslieferungsschutz der Unionsbürger:innen . . . . .	358

Zusammenfassende Schlussbetrachtungen . . . . .	361
A. Das allgemeine Bewegungs- und Aufenthaltsrecht aus	
Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	361
I. Die Relevanz der Rechtskategorie Unionsbürgerschaft . . . . .	362
II. Konturierung des über Art. 21 Abs. 1 AEUV im Rahmen mitgliedstaatlicher Auslieferungen an Drittstaaten vermittelten Schutzes anhand exemplarischer Gewährleistungsgehalte . . . . .	362
B. Das Diskriminierungsverbot wegen der Staatsangehörigkeit aus	
Art. 18 Abs. 1 AEUV . . . . .	364
I. Die Relevanz der Rechtskategorie Unionsbürgerschaft . . . . .	364
II. Konturierung des über Art. 18 Abs. 1 AEUV im Rahmen mitgliedstaatlicher Auslieferungen an Drittstaaten vermittelten Schutzes . . . . .	366
C. Die personenbezogenen Grundfreiheiten . . . . .	367
D. Die Grundrechte der GRC . . . . .	367
I. Die Relevanz der Rechtskategorie Unionsbürgerschaft . . . . .	367
II. Konturierung des über die Grundrechte der GRC im Rahmen mitgliedstaatlicher Auslieferungen an Drittstaaten vermittelten Schutzes . . . . .	371
E. Die Relevanz der Unionsbürgerschaft im Rahmen mitgliedstaatlicher Auslieferungen an Drittstaaten . . . . .	371
Literaturverzeichnis . . . . .	373
Sachregister . . . . .	403



## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Auffassung
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AA EU-UK	Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz; Absätze
Abth.	Abtheilung
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AHZ EU-UK	Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits
AJIL	American Journal of International Law
al.	alinéa
ALR	Adelaide Law Review
AnnDR	Annalen des Deutschen Reichs
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Arch. NB	Archiv des Norddeutschen Bundes: Jahrbuch für Staats-Verwaltungs-Recht und Diplomatie des Norddeutschen Bundes und des Zollvereins
Art.	Artikel
Artt.	Artikel (Plural)
AusAbk EU-USA	Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung
AuslV	Auslieferungsvertrag
AVR	Archiv des Völkerrechts
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
Beih.	Beiheft
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGBI. NB	Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes

BGH	Bundesgerichtshof
BJS	Berliner Journal für Soziologie
BLS	Bialystok Legal Studies
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BuStaG NB	Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CJEL	Columbia Journal of European Law
CMLR	Common Market Law Review
Ct.	Court
DAG	Deutsches Auslieferungsgesetz
ders.	derselbe
dies.	dieselbe; dieselben
DJ	Deutsche Justiz
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DStR	Deutsches Strafrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	ebenda
ECLI	European Case Law Identifier
ECLR	European Constitutional Law Review
ECompLR	European Competition Law Review
EEA	European Economic Area Agreement
EFAR	European Foreign Affairs Review
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft; Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EILR	Emory International Law Review
EJCCLCJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EJIL	European Journal of International Law
EJML	European Journal of Migration and Law
ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Review
En.	Endnote
EP	European Papers
ERA	Europäische Rechtsakademie
EuAuslÜbk	Europäisches Auslieferungsbereinkommen
EuCLR	European Criminal Law Review
eu crim	The European Criminal Law Associations' Forum
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift

EuHb	Europäischer Haftbefehl
EUI	European University Institute
EuLF	The European Legal Forum
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folio
FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht
ff.	foliis
Fn.	Fußnote
Fortf.	Fortführung
FPR	Familie Partnerschaft Recht
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt; Goldammer's Archiv für Strafrecht; Goldammer's Archiv für preußisches Strafrecht
GA'in	Generalanwältin
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GoJIL	Goettingen Journal of International Law
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift; Der Gerichtssaal
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GYBIL	German Yearbook of International Law
Halbbd.	Halbband
Hrsg.	Herausgeber:in; Herausgeber:innen
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
ICJ Rep.	Reports of the ICJ
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IGH	Internationaler Gerichtshof
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
insb.	insbesondere
INÜG	Island-Norwegen-Übergabegesetz
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
IRuD	Internationales Recht und Diplomatie
JDI	Journal du Droit International
JEA	The Journal of Egyptian Archaeology
JICJ	Journal of International Criminal Justice
Jör	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JSt	Journal für Strafrecht
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung



KritV	Die Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LG	Landgericht
lit.	littera; litterae
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
NAG	Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz
NBV	Verfassung des Norddeutschen Bundes
Neubearb.	Neubearbeitung
NJECL	New Journal of European Criminal Law
NJIL	Nordic Journal of International Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	numéro
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZWist	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
ÖBGBl.	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
OLG	Oberlandesgericht
PrGS	Gesetzsammlung für die Königlich-Preußischen Staaten
Pt.	Part
R.A.E.	Revue des Affaires Européennes – Law & European Affairs
Rb EuHb	Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates v. 13.06.2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten
RBDPP	Revista Brasileira de Direito Processual Penal
Rdkt.	Redaktion
Rep.	Reports
RG NB	Gesetz, betreffend die Gewährung der Rechtshilfe vom 21.06.1869
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RhAbk EU-USA	Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe
RIAA	United Nations Reports of International Arbitral Awards
RiVaSt	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
RL	Richtlinie
RMCUE	Revue du marché commun et de l'Union Européenne
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache; Rechtssachen
RStGB	Strafgesetzbuch für das deutsche Reich
s.	siehe
S.	Siehe; Seite
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten

SDÜ	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen
SJE	Schweizerisches Jahrbuch für Europarecht
Slg.	Sammlung
Sp.	Spalte
SPSR	Swiss Political Science Review
SRIEL	Swiss Review of International and European Law
StGB	Strafgesetzbuch
StGB NB	Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StraFo	Strafverteidiger Forum
StV	Strafverteidiger
Teilbd.	Teilband
Tit.	Titre
TSU	Ivane Javakhishvili Tbilisi State University
u. a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
ÜberstÜbk	Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen
ÜbgÜbk EU-ISL/NOR	Übereinkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über das Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Island und Norwegen
UJIEL	Utrecht Journal of International and European Law
UN	United Nations
Urt.	Urteil
v.	versus; vom
VCLT	Vienna Convention on the Law of Treaties
verb.	verbundene
Verf.	Verfasser:in; Verfasser:innen
VERW	Die Verwaltung
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkungen
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WVKIO	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge zwischen Staaten und internationalen Organisationen oder zwischen internationalen Organisationen
YEL	Yearbook of European Law
YLR	Yale Law Review
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien

Ziff.	Ziffer
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVöR	Zeitschrift für Völkerrecht
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen

## Einführung

# Die Angehörigkeit des verfolgten Individuums als entscheidungserhebliches Kriterium für die Frage seiner Auslieferung

Der Schutz Staatsangehöriger durch ihre jeweiligen Herkunftsstaaten vor einer Auslieferung an andere Staaten ruft auf den ersten Blick kein besonderes Erklärungsbedürfnis hervor. So löst der durch die Auslieferung vollzogene Akt der Entfernung eines Individuums gegen seinen Willen von dem ihm angestammten Territorium in einen anderen – *fremden* – Staat intuitiv ein Bedürfnis nach dem Schutz dieses Individuums aus. Schuldet nicht der Herkunftsstaat seinen Staatsangehörigen als ihr natürlicher Fürsprecher gerade für den Fall ihrer Verfolgung durch andere Staaten ein besonderes Maß an Schutzgewährung?<sup>1</sup> Nicht zuletzt die dem Wort „ausliefern“ – abseits seiner rechtstechnischen Definition – beigemessene Semantik, die gleichsam unweigerlich eine Hilflosigkeit der einem bestimmten Umstand ausgelieferten Person assoziiert,<sup>2</sup> weist hier auf das moralisch zwangsläufige Postulat hin: Die staatsangehörige Person darf nicht ausgeliefert werden!<sup>3</sup>

Anders als etwa eine Ausweisung<sup>4</sup> bzw. die anschließende Abschiebung<sup>5</sup> ist eine Auslieferung indes final gerade nicht auf die Entfernung des verfolgten In-

---

<sup>1</sup> Analoge Argumentationsmuster finden sich etwa bei *Berner*, Wirkungskreis des Strafgesetzes, S. 184; *Ritter Dantscher von Kollesberg*, Die politischen Rechte der Unterthanen, Dritte Lieferung, S. 11; *Wettstein*, Die Staatsangehörigkeit im Schweizerischen Auslieferungsrecht, S. 23; *Mettgenberg*, Ein Deutscher darf nicht ausgeliefert werden!, S. 5; *H. Meyer*, Die Einlieferung, S. 73; s. aber auch noch BVerfG, Urt. v. 18.07.2005 – 2 BvR 2236/04, BVerfGE 113, 273 (293), in Bezug auf Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG („Ausdruck staatlich beanspruchter Verantwortlichkeit für die eigenen Staatsangehörigen“); s. hierzu *Schmalenbach*, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte, Bd. V, § 122 Rn. 58.

<sup>2</sup> Vgl. insofern Wahrig, Deutsches Wörterbuch, S. 204 (ausliefern: „jmdm. od. einer Sache (z. B. Unwetter) völlig ausgeliefert sein *schutzlos preisgegeben sein*“); Duden online führt als Beispiel an: „ausliefern: (in übertragener Bedeutung:) hilflos seinen Feinden, seinem Schicksal ausgeliefert (preisgegeben) sein“ (<https://www.duden.de/rechtschreibung/ausliefern> [08.05.2025]).

<sup>3</sup> In diesem Geiste der bereits appellatorisch formulierte Titel der Monographie *Mettgenbergs* aus dem Jahr 1925: „Ein Deutscher darf nicht ausgeliefert werden!“; s. hierzu auch *Plachta*, EILR 13 (1999), 77 (85).

<sup>4</sup> Zur Abgrenzung s. etwa *Schultz*, Das Schweizerische Auslieferungsrecht, S. 26 ff.; *Pohl*, Vorbehalt und Anerkennung, S. 112 f.; ausführlicher Vergleich bei *Buschbeck*, Verschleierte Auslieferung durch Ausweisung, S. 40 ff.

<sup>5</sup> Zur Abgrenzung s. etwa *D. Wolff*, Der Einzelne in der offenen Staatlichkeit, S. 75 ff.;

dividuums aus demjenigen Staat, in dem es sich aufhält, ausgerichtet.<sup>6</sup> Als Bestandteil der grenzüberschreitenden Strafrechtspflege unter Beteiligung verschiedener Jurisdiktionen beschreibt die Auslieferung vielmehr die amtliche Überstellung einer Person aus der uneingeschränkten Strafgewalt eines Staats in die eines anderen, um letzterem die Durchführung eines Strafverfahrens zu ermöglichen.<sup>7</sup> Die Auslieferung hat dementsprechend – analog zur strafrechtlichen Rechtshilfe im Allgemeinen<sup>8</sup> – die effektive Verfolgung von Straftaten über Grenzen hinaus zum Ziel.<sup>9</sup> Sie bedeutet für den ausliefernden Staat eine Mitwirkung an der Verwirklichung potentieller fremder Strafansprüche<sup>10</sup> auf Grundlage internationaler Solidarität<sup>11</sup> im Bereich der Strafrechtspflege.<sup>12</sup>

Die Natur der Auslieferung als Bestandteil der Rechtshilfe in Strafsachen<sup>13</sup> lässt die Berücksichtigung der Staatsangehörigkeit einer Person im Rahmen der

---

*Röben*, Außenverfassungsrecht, S. 394; *Stein*, Die Auslieferungsausnahme bei politischen Delikten, S. 4.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu *D. Wolff*, Der Einzelne in der offenen Staatlichkeit, S. 75 f.; *Vogler*, Auslieferungsrecht und Grundgesetz, S. 44; *Stein*, Die Auslieferungsausnahme bei politischen Delikten, S. 4 f.

<sup>7</sup> *H. Grützner*, in: Strupp/Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. 1, S. 115; ausführlich *Schultz*, ZStW 81 (1969), 199 (202 ff.) sowie zu weiteren potentiellen Segmenten des Begriffs *ders.*, Das Schweizerische Auslieferungsrecht, S. 15 f.; zum – weiteren – verfassungsrechtlichen Begriff s. *Giegerich*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Bd. II, Art. 16 Abs. 2 Rn. 123; *C. Globke*, Die Auslieferung an den Internationalen Strafgerichtshof, S. 141 ff.

<sup>8</sup> Ausführlich *Roger*, Grund und Grenzen transnationaler Strafrechtspflege, S. 26 ff.; s. auch *Vogel/Burchard*, in: Grützner/Pötz/Kreß/Gazeas, Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen, Bd. 1, Vor § 1 IRG Rn. 7; vgl. ferner schon *von Liszt/Schmidt*, Lehrbuch des Deutschen Strafrechts, S. 130 f.

<sup>9</sup> Vgl. nur *Schultz*, Das Schweizerische Auslieferungsrecht, S. 12; *Vogler*, Auslieferungsrecht und Grundgesetz, S. 44; s. auch schon These 1 der vom völkerrechtlichen Institut auf seiner Jahresversammlung 1880 in Oxford ausgearbeiteten Auslieferungsgrundsätze, Zweck der Auslieferung sei die „wirksame Verhinderung oder Bestrafung der Verbrecher“ (in deutscher Sprache abgedruckt in *von Holtzendorff*, Die Auslieferung der Verbrecher und das Asylrecht, S. 67).

<sup>10</sup> Vgl. etwa *Stein*, Die Auslieferungsausnahme bei politischen Delikten, S. 5 f.; s. auch schon *von Liszt*, ZStW 2 (1882), 50 (61).

<sup>11</sup> Ausführlich *Vogel/Burchard*, in: Grützner/Pötz/Kreß/Gazeas, Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen, Bd. 1, Vor § 1 IRG Rn. 114 ff.

<sup>12</sup> *Weigend*, JuS 2000, 105 (106); *Schultz*, ZStW 81 (1969), 109 f.; vgl. wiederum These 1 der Oxforder Auslieferungsgrundsätze („Die Auslieferung ist ein internationaler Rechtsakt, der der Gerechtigkeit und dem Staatsinteresse entspricht.“), abgedruckt in *von Holtzendorff*, Die Auslieferung der Verbrecher und das Asylrecht, S. 67; demnach findet grundsätzlich auch keine Überprüfung eines hinreichenden Tatverdachts statt (vgl. BVerfG, Beschl. v. 05.11.2003 – 2 BvR 1243/03, NJW 2004, 141 (145); BGH, Beschl. v. 15.03.1984 – 4 ARs 23/83, NJW 1984, 2046 (2047 f.)).

<sup>13</sup> Zur Einstufung der Auslieferung als Institut der Rechtshilfe in Strafsachen s. grundlegend *von Martitz*, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Abth. 1, S. 450 f.; zur tradierten Gegenposition *Lammasch*, Auslieferungspflicht und Asylrecht, S. 42 ff.; s. zum Ganzen auch *Vogel/Burchard*, in: Grützner/Pötz/Kreß/Gazeas, Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen, Bd. 1, Vor § 1 IRG Rn. 75 f.; *D. Weber*, Die zwischenstaatlichen und innerstaat-

Entscheidung über ihre Auslieferung bereits weniger zwangsläufig erscheinen.<sup>14</sup> *Heinrich Lammasch* konstatierte in diesem Sinne bereits im Jahr 1887: „Die Nationalität des Verbrechers hat grundsätzlich mit der Frage der Auslieferung nichts zu thun“<sup>15</sup>. In jüngerer Zeit hat *Otto Lagodny* die Staatsangehörigkeit als „strafrechtlich neutral[es]“ Kriterium beschrieben.<sup>16</sup>

Tatsächlich stellen dennoch diverse kontinentaleuropäische Staaten positiv-rechtlich einen Konnex zwischen ihrer jeweils instituierten Staatsangehörigkeit und einem besonderen Auslieferungsschutz her,<sup>17</sup> der sich konkret in einer kategorischen Verweigerung der Auslieferung von Personen dieser jeweiligen Staatsangehörigkeit realisiert.<sup>18</sup> Namentlich die Mitgliedstaaten der EU liefern fast ausnahmslos ihre jeweiligen Staatsangehörigen nicht an Drittstaaten<sup>19</sup> aus.<sup>20</sup>

Wird die Staatsangehörigkeit der verfolgten Person auf diese Weise als ein maßgeblicher Faktor in die Entscheidung über ihre Auslieferung integriert, bedeutet dies die Akzeptanz dieser personalen Eigenschaft als ein legitimes Differenzierungskriterium zur Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung im Ver-

---

lichen Voraussetzungen des Gegenseitigkeitsprinzips im Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957, S. 41 ff.

<sup>14</sup> Entsprechend war das Gebot der Nichtauslieferung eigener Staatsangehörigkeit in Schrifttum und Literatur stets Kritik ausgesetzt (s. nur *Moore*, A Treatise on Extradition and Interstate Rendition, Vol. I, S. 157 ff.; *von Holtzendorff*, Die Auslieferung der Verbrecher und das Asylrecht, S. 19 f.; *von Martens*, Völkerrecht, Bd. 2, S. 408 ff.; *Lammasch*, Auslieferungspflicht und Asylrecht, S. 417 ff.; *Mayr*, Die Auslieferung eigener Unterthanen, S. 88 ff.; *Teich*, Die Staatsangehörigkeit im deutschen Auslieferungsrecht, S. 61 ff.; *F. Schwarze*, GS 12 (1860), 177 (196 f.); aus neuerer Zeit s. etwa *Schmalenbach*, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte, Bd. V, § 122 Rn. 56 ff.; *Shearer*, Extradition in International Law, S. 121 ff.; *Frangou*, Auslieferungsgrundsätze im internationalen und im deutschen Recht, S. 320 ff.; *Plachta*, EILR 13 (1999), 77 (85 ff., 157 ff.); *Rinio*, ZStW 108 (1996), 354 (385 f.)); auch die scheinbar teleologisch fundierte Verknüpfung von Staatsangehörigkeit und Auslieferungsverbot in Art. 16 GG ist nur das Produkt redaktioneller Zweckmäßigkeitserwägungen (s. *Giegerich*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Bd. II, Art. 16 Abs. 1 Rn. 1; vgl. insofern auch JöR 1951, 164).

<sup>15</sup> *Lammasch*, Auslieferungspflicht und Asylrecht, S. 425.

<sup>16</sup> *Lagodny*, Die Rechtsstellung des Auszuliefernden in der Bundesrepublik Deutschland, S. 51.

<sup>17</sup> Vgl. speziell in Bezug auf Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG C. *Globke*, Die Auslieferung an den Internationalen Strafgerichtshof, S. 150 f.; *Pohl*, Vorbehalt und Anerkennung, S. 241; s. auch die abweichende Meinungen zu BVerfG, Beschl. v. 18.07.2005 – 2 BvR 2236/04 von Richterin *Lübbe-Wolf*, BVerfGE 113, 327 (328).

<sup>18</sup> *Vogel/Burchard*, in: Grützner/Pötz/Kreß/Gazeas, Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen, Bd. 1, Vor § 1 IRG Rn. 211; rechtsvergleichend *Kämmerer*, in: Wo. Kahl/Waldhoff/Walter, Bonner Kommentar, GG, Art. 16 Rn. 109 ff.; *Rinio*, ZStW 108 (1996), 354 (356 ff.); zur abweichenden Praxis im anglo-amerikanischen Raum s. etwa *Shearer*, Extradition in International Law, S. 97 ff., 110 ff.

<sup>19</sup> Im Rahmen des Übergabeverkehrs auf Grundlage des Rb EuHb sind die Mitgliedstaaten demgegenüber grundsätzlich auch zur Übergabe jeweils eigener Staatsangehöriger verpflichtet (s. hierzu etwa *Burchard*, in: Böse, Europäisches Strafrecht, § 14 Rn. 61; ausführlich *Deen-Racsmany/Blextoon*, EJCCLCJ 13 (2005), 317 ff.; *Konstadinides*, in: Eckes/Konstadinides, Crime within the Area of Freedom, Security and Justice, S. 192 (204 ff.)).

<sup>20</sup> S. hierzu *Costa*, NJECL 8 (2017), 192 (200).

hältnis zu denjenigen Personen, die diese Eigenschaft nicht aufweisen.<sup>21</sup> Mit anderen Worten: Der durch die kategorische Verweigerung einer Auslieferung vermittelte besondere Auslieferungsschutz wird nicht allen verfolgten Individuen zugestanden, sondern lediglich einer bestimmten Personengruppe. Er etabliert demnach notwendig eine Ungleichbehandlung verfolgter Individuen. Das Kriterium zur Definition derjenigen Personengruppe, der dieser besondere Schutz zugutekommt, bildet dabei nicht eine einzelfallspezifische Analyse der durch die Auslieferung potentiell ausgelösten Gefährdungslage etwa auf Grundlage eines menschenrechtlichen Maßstabs, sondern exklusiv die personale Eigenschaft einer spezifischen Staatsangehörigkeit. Diese personale Eigenschaft wird damit als Kriterium akzeptiert, das eine Ungleichbehandlung rechtfertigt – konkret zwischen jeweils staatsangehörigen und jeweils nicht staatsangehörigen Personen.<sup>22</sup>

Die entsprechende Akzeptanz der Staatsangehörigkeit als ein zulässiges Differenzierungskriterium im Rahmen der Auslieferung indiziert bereits die diesbezügliche Rechtstradition in den meisten Mitgliedstaaten der EU.<sup>23</sup> Obschon die Berücksichtigung der personalen Eigenschaft Staatsangehörigkeit des verfolgten Individuums im Auslieferungskontext zumindest im kontinentaleuropäischen Rechtsraum weitgehend konsentiert ist, hat die Unionsbürgerschaft – durch den EuGH immerhin als „grundlegende[r] Status der Angehörigen der Mitgliedstaaten“ konstituiert<sup>24</sup> – insofern lange vergleichsweise wenig Beachtung gefunden. Mutmaßlich auch in Konsequenz einer Interpretation der Unionsbürgerschaft ausgehend von der die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten in erster Linie als Produktionsfaktoren definierenden<sup>25</sup> „Marktbürgerschaft“<sup>26</sup>

<sup>21</sup> S. hierzu allgemein *Graser*, Gemeinschaften ohne Grenzen, S. 207 ff. („Zugehörigkeiten als variable Unterbrecher des Rechtfertigungsprogramms [sic]“), unter Rekurs auf *Marshall* und *Luhmann*.

<sup>22</sup> Vgl. schon *Mendelssohn Bartholdy*, in: von Birkmeyer/van Calker/Frank/von Hippel/Wi. Kahl/von Lilienthal/von Liszt/Wach, Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Allgemeiner Teil, Bd. VI, S. 152 f.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu *Schmalenbach*, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte, Bd. V, § 122 Rn. 52 ff.; *Shearer*, Extradition in International Law, S. 7 ff.; *Rafuse*, The Extradition of Nationals, S. 75 ff.; *Rinio*, ZStW 108 (1996), 354 (356 ff.); zu dieser Tradition s. auch noch unten § 5 B.

<sup>24</sup> S. EuGH, Rs. C-184/99 (Grzelczyk), ECLI:EU:C:2001:458, Rn. 31; englische Fassung: „Union citizenship is destined to be the fundamental status of nationals of the Member States“; französische Fassung: „le statut de citoyen de l’Union a vocation à être le statut fondamental des ressortissants des États membres“; ausführlich zur Konstituierung des Konzepts Unionsbürgerschaft durch den EuGH s. *Mi. Luber*, Unionsbürgerschaft als Kompetenzproblem, S. 169 ff.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu nur *Schönberger*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union, Art. 20 AEUV Rn. 7; *Wendel*, in: Grabenwarter, Europäischer Grundrechtsschutz, § 23 Rn. 51; *Calliess*, EuR 2007, Beih. 1, 7 (10).

<sup>26</sup> Begriff von *H. P. Ipsen*, Europäisches Gemeinschaftsrecht, S. 250 ff.; s. auch schon *ders./Nicolaysen*, NJW 1964, 339 (340 f.); inzwischen wird indes mit Recht darauf hingewiesen, dass

hatte sie als personale Eigenschaft des verfolgten Individuums im Rahmen der Auslieferung keinerlei rechtlichen Stellenwert.<sup>27</sup>

Indessen wurden seit ihrer Instituierung im Vertrag von Maastricht<sup>28</sup> zusätzlich zu den – primär auf die Verwirklichung der unionalen Makroökonomie ausgerichteten<sup>29</sup> – personenbezogenen Grundfreiheiten sukzessive auch die Gewährleistungen im Abschnitt „Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft“ des AEUV sowie die im Titel V der GRC garantierten „Bürgerrechte“<sup>30</sup> an die Unionsbürgerschaft geknüpft, deren Gewährleistungsgehalte gerade nicht mehr durch eine ökonomische Aktivität ihrer Adressat:innen bedingt sind<sup>31</sup>.<sup>32</sup> Mit Blick auf diese Ausdifferenzierung drängt sich die Frage auf, ob der personalen Eigenschaft Unionsbürgerschaft inzwischen – analog zur personalen Eigenschaft Staatsangehörigkeit – rechtliche Bedeutung im Hinblick auf die Frage einer Auslieferung verfolgter Unionsbürger:innen zukommt.

Zudem ermöglicht speziell das in Art. 21 Abs. 1 EUV und Art. 45 Abs. 1 GRC fixierte allgemeine Bewegungs- und Aufenthaltsrecht nunmehr auch ökonomische

---

der Topos trotz seiner Prägnanz mit Blick auf die auch zum Zeitpunkt seiner Entstehung schon angelegte soziale Dimension der Bürgerschaft bereits die Situation im frühen Gemeinschaftsrecht nur verkürzt illustrierte (s. dazu etwa *Kadelbach*, in: von Bogdandy/Bast, Europäisches Verfassungsrecht, S. 614 f.; *Giegerich*, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, § 9 Rn. 4 f.; zum Ganzen auch *Schönberger*, Unionsbürger, S. 15 ff.).

<sup>27</sup> Paradigmatisch etwa *Häde*, Der Staat 36 (1997), 1 (14).

<sup>28</sup> S. Art. 8 Abs. 1 EGV a. F. (Abl. 1992 C 191, S. 7).

<sup>29</sup> Vgl. nur *Blanke/Böttner*, in: *Niedobitek*, Europarecht, § 13 Rn. 252 ff.; *Forsthoff/Eisendle*, in: *Grabitz/Hilf/Nettesheim*, Das Recht der Europäischen Union, Art. 45 AEUV Rn. 3; *Grabitz*, Europäisches Bürgerrecht zwischen Marktbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 68 f.; ausführlich *M. Hoffmann*, Die Grundfreiheiten des EG-Vertrags als koordinationsrechtliche und gleichheitsrechtliche Abwehrrechte, S. 24 f., 40 ff.; *Kingreen*, Die Struktur der Grundfreiheiten des Europäischen Gemeinschaftsrechts, S. 20 ff.; vgl. insofern auch Art. 26 Abs. 2 AEUV.

<sup>30</sup> Die Vision eines „europäischen Bürgerrechts“ (so schon im Jahr 1972 der damalige italienische Ministerpräsident *Andreotti* im Rahmen des Gipfeltreffens von Paris (Rede abgedruckt im EG-Bulletin 11/1972, S. 46 (49)) lag der Unionsbürgerschaft freilich von Beginn an zugrunde (s. hierzu etwa *Rabenschlag*, Leitbilder der Unionsbürgerschaft, S. 21 ff.; *Wollenschläger*, Grundfreiheit ohne Markt, S. 91 ff.; *Schönberger*, GuG 42 (2016), 651 (664 ff.); *Magiera*, DÖV 1987, 221 ff.).

<sup>31</sup> Vgl. zu den Rechten im Abschnitt „Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft“ des AEUV exemplarisch *Haag*, in: von der Groeben/J. Schwarze/Hatje, Europäisches Unionsrecht, Art. 20 AEUV Rn. 19 f.; *Magiera*, in: Streinz, EUV/AEUV, Art. 20 AEUV Rn. 33 ff.; *Schönberger*, in: *Grabitz/Hilf/Nettesheim*, Das Recht der Europäischen Union, Art. 20 AEUV Rn. 49 f.; zu den Rechten im Titel V der GRC vgl. exemplarisch *Magiera*, in: Meyer/Hölscheidt, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Vorbem. zu Titel V, Rn. 1 ff.; *Gundel*, in: Grabenwarter, Europäischer Grundrechtsschutz, § 4 Rn. 4.

<sup>32</sup> Zur entsprechenden Genese s. etwa *Schönberger*, in: *Grabitz/Hilf/Nettesheim*, Das Recht der Europäischen Union, Art. 20 AEUV Rn. 7 ff.; *Mi. Luber*, Unionsbürgerschaft als Kompetenzproblem, S. 162 ff.; *Wollenschläger*, Grundfreiheit ohne Markt, S. 24 ff.; *ders.*, ZEuS 2009, 1 (20 ff.); vgl. zum Ganzen auch *Wendel*, in: Grabenwarter, Europäischer Grundrechtsschutz, § 23 Rn. 12 ff.; *Rabenschlag*, Leitbilder der Unionsbürgerschaft, S. 21 ff.; *Magiera*, DÖV 1987, 221 ff.



misch inaktiven Unionsbürger:innen eine grenzüberschreitende Mobilität innerhalb der EU.<sup>33</sup> Der hierdurch ausgelöste Aufenthalt von Unionsbürger:innen in solchen Mitgliedstaaten, denen diese jeweils nicht angehören,<sup>34</sup> initiiert vermehrt Konstellationen, in denen die Aufenthaltsmitgliedstaaten um die Auslieferung der dort befindlichen, jeweils nicht staatsangehörigen Unionsbürger:innen ersucht werden können.<sup>35</sup> Aus Perspektive des ersuchenden Staats ist derartigen Auslieferungsersuchen insofern eine signifikant erhöhte Erfolgsaussicht zu unterstellen, als diese verfolgten Unionsbürger:innen – da sie sich nicht in ihrem jeweiligen Herkunftsstaat aufhalten – nicht durch das Prinzip der Nichtauslieferung jeweils eigener Staatsangehöriger vor einer Auslieferung geschützt sind. Auch diese prinzipielle Möglichkeit der Auslieferung mobiler Unionsbürger:innen durch ihre jeweiligen Aufenthaltsstaaten provoziert die Frage, inwieweit die Unionsbürgerschaft – als Substrat der Mobilität dieser Unionsbürger:innen – einen eigenständigen Auslieferungsschutz eröffnet.

Das Bedürfnis nach einer Untersuchung der Bedeutung der Unionsbürgerschaft im Auslieferungskontext besteht demnach nicht nur vor dem Hintergrund der kontinentaleuropäischen Rechtstradition in Bezug auf den rechtlichen Stellenwert von Staatsangehörigkeit im Rahmen der Auslieferung, sondern offenbart sich auch rechtspraktisch. Gleichwohl hat der EuGH die Unionsbürgerschaft erst im Jahr 2016 im Urteil *Petruhhin* erstmals im Auslieferungskontext in Bezug genommen.<sup>36</sup> Dieses Urteil bildete freilich nur den Auftakt einer ganzen Reihe weiterer Entscheidungen zu Auslieferungen von Unionsbürger:innen.<sup>37</sup> Aus Anlass und ausgehend von dieser Judikatur will die Arbeit die rechtliche Bedeutung der Unionsbürgerschaft im Rahmen der Auslieferung eingehend untersuchen und eruieren, ob Unionsbürger:innen für den

<sup>33</sup> S. zum Ganzen *Wollenschläger*, Grundfreiheit ohne Markt, S. 358 ff.; *Schönberger*, Unionsbürger, S. 318 ff.; s. auch noch unten § 10 C. II. 2. b); zum Gewährleistungsgehalt des allgemeinen Bewegungs- und Aufenthaltsrechts s. unten § 15 A. I.

<sup>34</sup> *Europäische Kommission*, Report [...] On progress towards effective EU citizenship 2020–2023 (COM(2023) 931 final) v. 06.12.2023 (englische Fassung), S. 19, führt für den Stichtag 01.01.2022 13,7 Millionen Unionsbürger:innen mit ständigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat auf, der nicht ihr jeweiliger Herkunftsstaat ist.

<sup>35</sup> Entsprechend hat die Europäische Kommission jüngst einen Leitfaden zum Umgang mit derartigen Auslieferungsersuchen veröffentlicht (s. *Europäische Kommission*, Leitlinien für die Auslieferung an Drittstaaten (Abl. 2022 C 223, S. 1 ff.); s. hierzu *Ludwiczak Glassey/Wahl*, SRIEL 33 (2023), 431 (456 f.)); vgl. ferner *Rat*, Der Europäische Haftbefehl und Auslieferungsverfahren – aktuelle Herausforderungen und weiteres Vorgehen, Rn. 42–46 (Abl. 2020 C 419, S. 23 (28 f.)); s. hierzu *Riegel/Sonntag*, EuCLR 12 (2022), 66 (75).

<sup>36</sup> S. EuGH (Große Kammer), Rs. C-182/15 (*Petruhhin*), ECLI:EU:C:2016:630, Rn. 28 ff.

<sup>37</sup> S. EuGH, Rs. C-473/15 (Peter Schotthöfer & Florian Steiner), ECLI:EU:C:2017:633, Rn. 19 ff.; (Große Kammer), Rs. C-191/16 (*Pisciotti*), ECLI:EU:C:2018:222, Rn. 33 ff., 42 ff.; (Große Kammer), Rs. C-247/17 (*Raugevicius*), ECLI:EU:C:2018:898, Rn. 26 ff.; (Große Kammer), Rs. C-398/19 (Generalstaatsanwaltschaft Berlin [Auslieferung an die Ukraine]), ECLI:EU:C:2020:1032, Rn. 27 ff.; (Große Kammer), Rs. C-237/21 (Generalstaatsanwaltschaft München (Demande d'extradition vers la Bosnie-Herzégovine)), ECLI:EU:C:2022:1017, Rn. 29 ff.

Fall ihrer Auslieferung ein besonderer Schutz zugutekommt, ob also die Unionsbürgerschaft – analog zur Staatsangehörigkeit – ein rechtlich maßgebliches personales Differenzierungskriterium im Rahmen der Auslieferung ausformt.

## § 1 Terminologische Vorbemerkung

Die terminologische Vielfalt in der Beschreibung der Beziehung von Individuen zu übergeordneten Organisationseinheiten macht es erforderlich, der Untersuchung eine kurze Bedeutungszuweisung und -festsetzung voranzustellen: Im Rahmen dieser Arbeit soll *Angehörigkeit* abstrakt die „Zuordnung einer Person zu einem gebietsbezogenen Verband“ bezeichnen.<sup>38</sup>

---

<sup>38</sup> Definition von *Schönberger*, Unionsbürger, S. 511; ähnlich *F. Weber*, Staatsangehörigkeit und Status, S. 14 („Angehörigkeit meint [...] ein auf Dauer angelegtes Zuordnungsverhältnis einer Person zu einem rechtlich verfassten Organisationsverband“) im Anschluss an *Gravert*, Staat und Staatsangehörigkeit, S. 20 („auf Dauer angelegtes Zuordnungsverhältnis einer Person zu Staat, Kirche, Gemeinde u. ä. m.“) wiederum unter Bezugnahme auf *von Stein*, Handbuch des Verwaltungsrechts, Zweiter Theil, S. 43 („[dauernde] Verbindung des Einzelnen“ zu einem „Selbstverwaltungskörper“) sowie *ders.*, Handbuch der Verwaltungslehre und des Verwaltungsrechts, S. 63; kritisch zum speziell die Zuordnung zu einem Staat beschreibenden Topos *Staatsangehörigkeit* indes *Hüberle*, Verfassungslehre als Kulturwissenschaft, S. 59f.; mit Rücksicht auf seine graduell divergierende Semantik wird der Begriff *Zugehörigkeit* im Rahmen dieser Arbeit nicht verwendet (vgl. insofern *Wahrig*, Deutsches Wörterbuch, S. 147 (*Angehörigkeit* wird als „Zustand des Angehörens“ erklärt), 1707 (*Zugehörigkeit* wird als entweder „das Dazugehören“ selbst oder die „Mitgliedschaft“ erklärt); vgl. hierzu auch *Graser*, Gemeinschaften ohne Grenzen, S. 65, Fn. 4); zur gemeinsamen Etymologie der Begriffe s. indes *Pfeifer*, Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, Bd. 1, S. 522f. (gehören); *Kluge*, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, S. 341 (gehören).

## § 2 Methodik und Erkenntnisinteresse

Auf Grundlage dieser Terminologie begreift die Arbeit Angehörigkeit rechtspositivistisch als eine durch Recht geschaffene Konstruktion und analysiert und kontextualisiert<sup>39</sup> bereichsspezifisch deren Effekt. Die Arbeit geht dazu aus von einem rechtsdogmatischen Forschungsansatz<sup>40</sup>. Den Ausgangspunkt zur Definition jedweden Effekts einer Angehörigkeit bildet für die Zwecke der Untersuchung demnach die Anwendung von Rechtssätzen<sup>41, 42</sup>.

Ohnehin sind rechtliche Effekte einer spezifischen Angehörigkeit für die jeweils angehörigen Individuen in einem bestimmten Sachverhalt nicht die automatische Folge derstituierung dieser Angehörigkeit, die sie als Rechtsbegriff<sup>43</sup> und insofern als eine Kategorie des Rechts zur Einordnung von Individuen<sup>44</sup> konstituiert.<sup>45</sup> Die instituierte Rechtskategorie erlangt vielmehr erst

---

<sup>39</sup> Sofern der Begriff der *Kontextualisierung* verwendet wird, meint dies mit Rücksicht auf den Forschungsansatz der Arbeit die Interpretation anhand lediglich innerrechtlicher, konkret zeitgenössisch-normativer Kontexte zur Analyse zeithistorischer Weichenstellungen (vgl. in diesem Sinne *Lepsius*, JZ 2019, 793 (794); s. ferner auch *Wahl*, Herausforderungen und Antworten: Das Öffentliche Recht der letzten fünf Jahrzehnte, S. 12 ff.; allgemein zur Methode der Kontextualisierung anhand außerrechtlicher Kontexte s. *ders.*, in: Grimm/Kemmerer/Möllers, Rechtswege, S. 35 (39 ff.)).

<sup>40</sup> Zur – voraussetzungs-vollen – Definition von Rechtsdogmatik s. nur *Lennartz*, Dogmatik als Methode, S. 149 ff.; *Waldbhoff*, in: Kirchhof/Magen/Schneider, Was weiß Dogmatik?, S. 17 (22 ff.); vgl. auch *Brohm*, VVDStRL 30 (1972), 245 (246 f., Fn. 3).

<sup>41</sup> Zum Begriff des Rechtssatzes s. etwa *Stark*, Interdisziplinarität der Rechtsdogmatik, S. 31; *Hilbert*, Systemdenken in Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtswissenschaft, S. 19; vgl. auch *Jestaedt*, Das mag in der Theorie richtig sein ..., S. 45.

<sup>42</sup> Zur Bezogenheit der Rechtsdogmatik auf Rechtssätze s. exemplarisch *Stark*, Interdisziplinarität der Rechtsdogmatik, S. 30 ff.; *Bumke*, Rechtsdogmatik, S. 56 ff.; *Möllers*, Juristische Methodenlehre, § 9 Rn. 2 ff.

<sup>43</sup> Allgemein zur Konstituierung von Rechtsbegriffen s. etwa *Chionos*, Zur Übertragung innerstaatlicher Begriffe und Rechtsgrundsätze in das Völkerrecht, S. 74 f.; *Engisch*, in: Ferid, Deutsche Landesreferate zum V. Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung in Brüssel 1958, S. 59 f.

<sup>44</sup> *Kategorie* bezeichnet hier demnach nur allgemein eine Bewertungseinheit (im Recht) (vgl. insofern Wahrig, Deutsches Wörterbuch, S. 820 (Kategorie: „[allg.] Sorte, Art, Gruppe, Klasse“); Duden online (Kategorie: „Gruppe, in die jemand oder etwas eingeordnet wird; Klasse, Gattung“ (<https://www.duden.de/rechtschreibung/Kategorie> [08.05.2025])); zur Technik der Subsumtion s. exemplarisch *Möllers*, Juristische Methodenlehre, § 4 Rn. 2 ff.; vgl. auch *Larenz*, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, S. 439 ff.

<sup>45</sup> Vgl. speziell in Bezug auf Staatsangehörigkeit *de Groot*, Staatsangehörigkeit im Wandel, S. 13 ff., 17; *von Mangoldt*, in: Sonnenberger/von Mangoldt, Anerkennung der Staatsangehö-

dadurch rechtliche Bedeutung als personale Eigenschaft, dass sie in Rechtssätzen tatbestandlich in Bezug genommen wird.<sup>46</sup> Erfolgt eine solche tatbestandliche Inbezugnahme im Rahmen eines Rechtssatzes, der auf Rechtsfolgensseite ein subjektives Recht gewährt,<sup>47</sup> realisiert sich in der personalen Anwendbarkeit dieses Rechts auf die angehörigen Individuen ein rechtlicher Effekt der jeweils in Bezug genommenen Angehörigkeit.<sup>48</sup> Diese Angehörigkeit reguliert die personale Anwendbarkeit eines subjektiven Rechts und ist folgerichtig als personale Eigenschaft relevant.<sup>49</sup> Exemplarisch formuliert etwa Art. 8 Abs. 1 GG: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Die Bestimmung bildet demnach den normativen Ausgangspunkt für eine Relevanz der Rechtskategorie deutsche Staatsangehörigkeit im Kontext von Demonstrationen.<sup>50</sup> Demgegenüber statuiert etwa Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG generell: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ Im Bereich der Meinungsbil-

rigkeit und effektive Staatsangehörigkeit natürlicher Personen im Völkerrecht und im internationalen Privatrecht, S. 37 (41 ff., 46, 54, 60, 67 ff.); *Koessler*, YLR 56 (1946–1947), 58 (70 f.) vgl. in Bezug auf die Bedeutung von Staatsangehörigkeit im innerstaatlichen Recht *Schönberger*, Unionsbürger, S. 26 ff.; *Kotalakidis*, Von der nationalen Staatsangehörigkeit zur Unionsbürgerschaft, S. 40 f.; *Burckhardt*, Die Organisation der Rechtsgemeinschaft, S. 338; *Wengler*, FS Schätzel, 545 (546 f.).

<sup>46</sup> Vgl. wiederum speziell in Bezug auf Staatsangehörigkeit *de Groot*, Staatsangehörigkeit im Wandel, S. 13 ff.; *von Mangoldt*, in: Sonnenberger/von Mangoldt, Anerkennung der Staatsangehörigkeit und effektive Staatsangehörigkeit natürlicher Personen im Völkerrecht und im internationalen Privatrecht, S. 37 (41 ff., 46, 54, 60, 67 ff.); *Koessler*, YLR 56 (1946–1947), 58 (70 f.); vgl. in Bezug auf die Bedeutung von Staatsangehörigkeit im innerstaatlichen Recht *Schönberger*, Unionsbürger, S. 27 f.; *Kotalakidis*, Von der nationalen Staatsangehörigkeit zur Unionsbürgerschaft, S. 40 f.; *Burckhardt*, Die Organisation der Rechtsgemeinschaft, S. 338; *Nawiasky*, Der Bundesstaat als Rechtsbegriff, S. 9; *Wiederkehr*, Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts von Gesetzes wegen, S. 5 ff.; *Wengler*, FS Schätzel, 545 (546 f.); *ders.*, AöR 37 (1950/1951), 121 (124 f.); vgl. auch schon *Kelsen*, Allgemeine Staatslehre, S. 159 f.; vgl. speziell zur deutschen Staatsangehörigkeit *Schmalenbach*, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte, Bd. V, § 122 Rn. 12; vgl. auch umgekehrt in Bezug auf die Bedeutung der Fremdeneigenschaft im innerstaatlichen Recht *Isay*, Das deutsche Fremdenrecht, S. 1 ff.

<sup>47</sup> Allgemein zur Anknüpfung von subjektiven Rechten an einen Angehörigkeitsstatus vgl. *Graser*, Gemeinschaften ohne Grenzen, S. 70 ff., 176 f.; zum Begriff des subjektiven Rechts s. nur *Bauer*, Geschichtliche Grundlagen der Lehre vom subjektiven öffentlichen Recht, S. 22 ff., 69 ff., 133 ff.; *K. Röhl/H. C. Röhl*, Allgemeine Rechtslehre, S. 372 ff.

<sup>48</sup> S. hierzu auch noch unten Einführung zum Dritten Kapitel.

<sup>49</sup> Denkbar sind derartige Konstituierungen freilich auch in Bezug auf andere personale Eigenschaften wie etwa das Alter (vgl. im Hinblick auf die Konzeption der Grundrechte der GRC *Jarass*, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Art. 51 Rn. 49).

<sup>50</sup> Zum Zeck der Veranschaulichung bleibt die mit Rücksicht auf Art. 18 Abs. 1 AEUV potentiell gebotene Erweiterung des personalen Anwendungsbereichs auf alle Unionsbürger:innen (vgl. zur Diskussion nur *Geis*, in: Friauf/Höfling, Berliner Kommentar zum GG, Bd. 1, Art. 8 Rn. 68 f.; *Depenheuer*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Bd. II, Art. 8 Rn. 119) hier außer Betracht; allgemein zum personalen Anwendungsbereich von Art. 8 Abs. 1 GG s. etwa *Gusy*, in: P. Huber/Voßkuhle, GG, Bd. 1, Art. 8 Rn. 37 ff.

## Sachregister

- Abkommen über die Freizügigkeit  
mit der Schweizerischen Eidgenossen-  
schaft 224–226
- Abkommen über Handel und Zusam-  
menarbeit EU-UK
- allgemein 142f.
  - als Faktor für die Eröffnung des An-  
wendungsbereichs der GRC 251–254
  - als Faktor für die Eröffnung des An-  
wendungsbereichs von Art. 18 AEUV  
162f.
  - Anwendung durch die Mitgliedstaaten  
im Rahmen von Auslieferungen  
151–153
  - Effektivierungsmechanismus 142–146
  - Verhältnis zu anderen Auslieferungs-  
abkommen 145f.
- Achtung des Familienlebens, Art. 7  
Abs. 1 GRC 343f.
- Åkerberg Fransson* 194–196, 243f.
- Angehörigkeit 8, 42–44
- historische Genese ihrer Bedeutung  
im Rahmen von Auslieferungen 24–33
- Anspruch auf diplomatischen und  
konsularischen Schutz, Art. 23 AEUV  
183–185
- Arbeitnehmerfreizügigkeit, Art. 45  
AEUV 171f., 232, 269f.
- Assoziierungsabkommen EU-Türkei  
226
- Auslieferung
- Begriff 1f.
  - dogmatische Einordnung 56–62
  - historische Genese 23f.
  - Prozedere 56, 64–66
- Auslieferungsabkommen der EU
- allgemein 126–128
  - als Faktor für die Eröffnung des An-  
wendungsbereichs der GRC 233–255
  - als Faktor für die Eröffnung des An-  
wendungsbereichs von Art. 18 AEUV  
154–165
- Auslieferungsabkommen EU-USA
- allgemein 128f.
  - als Faktor für die Eröffnung des An-  
wendungsbereichs der GRC 234–248
  - als Faktor für die Eröffnung des An-  
wendungsbereichs von Art. 18 AEUV  
81–83, 154–160
  - Anwendung durch die Mitgliedstaaten  
im Rahmen von Auslieferungen  
147–149
  - Effektivierungsmechanismus 131–135
- Auslieferungsschutz
- der Unionsbürger:innen 290–349
  - Drittstaatsangehöriger 350–357
  - eigener Staatsangehöriger *siehe*  
Nichtauslieferung eigener Staatsange-  
höriger
- Austrittsabkommen EU-UK 229–233
- Benachrichtigungslösung 305–308,  
309–316
- historische Blaupause 308f.
- Beschluss ARB 1/80 226–229
- Bewegungs- und Aufenthaltsrecht,  
allgemeines, Art. 21 AEUV
- allgemein 103f.
  - sachlicher Anwendungsbereich 108f.
  - Anwendbarkeit im Rahmen mitglied-  
staatlicher Auslieferungen an Dritt-  
staaten 104–107, 109–112
  - Anwendbarkeit von Art. 18 AEUV  
in Folge der Ausübung von Art. 21  
AEUV 165–177
  - Anwendbarkeit der GRC in Folge  
der Beschränkung von Art. 21 AEUV  
193–211

- Einführung 173 f.
- freiheitsrechtlicher Gewährleistungsgehalt 291 f.
- gleichheitsrechtlicher Gewährleistungsgehalt 292 f.
- Rechtfertigung von Beschränkungen durch Auslieferungen 302–329
- Verhältnis zu den personenbezogenen Grundfreiheiten 169–177
- Bickel und Franz* 166 f., 172, 178
- Bundesrepublik Deutschland (Notice rouge d'Interpol)* 95–99, 111, 189 f., 206
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union
  - Anwendbarkeit im Rahmen mitgliedstaatlicher Auslieferungen an Drittstaaten 190–262
  - sachlicher Anwendungsbereich 190–193
- Cowan* 88, 123
- Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 AEUV
  - passive 170–174
- Diskriminierungsverbot wegen der Staatsangehörigkeit, Art. 18 AEUV
  - allgemein 115
  - sachlicher Anwendungsbereich 122–124
  - Anwendbarkeit im Rahmen mitgliedstaatlicher Auslieferungen an Drittstaaten 116–122, 124–183
  - Gewährleistungsgehalt 115–116
  - Rechtfertigung von Beschränkungen durch Auslieferungen 336 f.
- Diskriminierungsverbot wegen der Staatsangehörigkeit, Art. 21 Abs. 2 GRC 270 f., 346
- Drittstaatsangehörige
  - Begriff 12
- EMRK 23, 69, 339 f., 345
- Europäische Union
  - territorialer Bezugsrahmen 44 f.
  - Vertragsschlusskompetenzen 126 f., 157
- Europäischer Haftbefehl 65 f., 302, 305, 307, 310–315, 342 f., 353, *siehe auch* Rahmenbeschluss 2002/584/JI
- Europäisches Auslieferungsübereinkommen 21, 140–142, 145 f., 149, 288 f., 324 f.
- EWV-Abkommen 86–89, 170, 188, 214–224, 276 f., 351–356
- Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit, Art. 45 Abs. 1 GRC 5 f., 40 *Fn.* 24, 271, 346
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin [Auslieferung an die Ukraine]* 89–94, 107, 110, 116 f., 120 f., 165–168, 180, 185 f., 298–300, 303–314
- Generalstaatsanwaltschaft München (Demande d'extradition vers la Bosnie-Herzégovine)* 99–102, 105–107, 110, 117, 120 f., 159 f., 165–168, 171 f., 180, 206 f., 294, 303 f., 321–332, 349
- Gleichheitssatz, allgemeiner unionsrechtlicher 39 f., 335
- Grundfreiheiten, personenbezogene 5, 269
  - Anwendbarkeit der GRC in Folge der Ausübung einer personenbezogenen Grundfreiheit 200–203, 212
  - Verhältnis zum allgemeinen Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 169–177
- Grundsatz der Gesetzmäßigkeit, Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GRC 341–343
- Grzelczyk* 4, 112 f., 123 f., 166–168, 174
- Inländerdiskriminierung 182 f.
- Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen 126 f., 136, 235, 320
- Kernbestand der Unionsbürgerrechte 39, 112–115, 211 f., 298 f., *siehe auch* Unionsbürgerstatus
- Martínez Sala* 38, 122, 167, 174, 178, 267 f.
- Nationalsozialismus 30–33
- Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger
  - allgemein 1–4, 21 f.
  - Exklusion aus dem Anwendungsbereich des Unionsrechts 178–180

- Gebot der Nichtauslieferung deutscher Staatsangehöriger, Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG 1 *Fn. 1*, 3 *Fn. 14*, 21, 23 *Fn. 43*, 82, 179, 289 *Fn. 15*
- historische Wurzeln 23–33, 295–297
- Kritik 3 *Fn. 14*, 299 f.
- theoretische Grundlagen 295–298
- Nichtauslieferung von Unionsbürger:innen 295, 298–302
- Niederlassungsfreiheit, Art. 49 AEUV 171 f., 232, 269 f.
- Norddeutscher Bund 27–30, 295
- Personalhoheit
  - der Europäischen Union 300 *Fn. 76*
  - der Mitgliedstaaten 310–314, 316, 318, 334
- Personalitätsgrundsatz, aktiver 22, 27, 32 f., 300, 310
- Peter Schotthöfer & Florian Steiner* 80, 105, 107, 165 f., 170–173, 187, 193–198, 206–210, 274 f., 338–340
- Petruhhin* 6, 74–80, 105–107, 109, 116–121, 165–169, 172 f., 175 f., 179 f., 186–189, 193–200, 206–210, 292–294, 303–307, 309–316, 336–340
- Pisciotti* 74, 81–83, 105–107, 109, 116–121, 125 f., 148 f., 154 f., 159 f., 164–167, 171–173, 175 f., 179 f., 182, 234, 292–294, 303–307, 309–316, 336 f.
- Rahmenbeschluss
  - Funktionsweise 235
- Rahmenbeschluss 2002/584/JI 12–14, 54, 135–138, 149–151, 235 f., 295, *siehe auch* Europäischer Haftbefehl
- Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl *siehe* Rahmenbeschluss 2002/584/JI
- Raugevicius* 83–85, 106 f., 116 f., 119–122, 125 f., 159 f., 165–168, 171 f., 179 f., 188, 292, 294, 303 f., 316–321, 326–329, 338–340, 342, 344
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 127, 303
- Recht auf ein unparteiisches Gericht, Art. 47 Abs. 2 GRC 341–343
- Recht auf Freiheit, Art. 6 GRC 340 f.
- Recht, wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden, Art. 50 GRC 97, 189 f., 318 f., 341–343
- Reichsbürgerschaft 30–33
- Richtlinie 2000/78/EG 242
- Richtlinie 2003/109/EG 40, 259
- Richtlinie 2004/38/EG 198–200, 221–224, 231
- Richtlinie 2005/71/EG 259
- Richtlinie 2009/50/EG 259
- Ruska Federacija* 85–89, 104 f., 118, 121 f., 160, 170, 172, 188–190, 212–221, 223, 226, 314 *Fn. 168*, 352–357
- Sachverhalt, grenzüberschreitender 108 f., 112, 182 f., 167, 172 f., 182 f., 267–270
- Schutz bei Auslieferung, Art. 19 Abs. 2 GRC 186 f., 338–340, 345
- Schutz der Familie, Art. 33 GRC 344
- Staatsangehörigkeit
  - allgemein 18–20
  - doppelte 83, 85, 100
  - Erwerb 47 *Fn. 53*
  - Genese 23 f.
  - Rechtsnatur 18 f.
  - Verlust 47 *Fn. 52*
- Staatsbürgerschaft 19
- Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität 146, 164, 254 f.
- Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen 97, 140–142, 149, 165, 236 f., 255, 352–356
- Übergabeübereinkommen EU-ISL/NOR
  - allgemein 135 f.
  - als Faktor für die Eröffnung des Anwendungsbereichs der GRC 248–251
  - als Faktor für die Eröffnung des Anwendungsbereichs von Art. 18 AEUV 160–162
  - Anwendung durch die Mitgliedstaaten im Rahmen von Auslieferungen 149–151
  - Effektivierungsmechanismus 136–139



- Verhältnis zu anderen Auslieferungsabkommen 139–142
- Unionsbürgerschaft
  - allgemein 5 f.
  - als Angehörigkeit 42–47
  - Einführung 5, 37
  - Erwerb 46 f.
  - Genese 5, 37, 299
  - Status 35, 37–41, 194
  - Verlust 47 *Fn.* 52
- Unionsbürgerstatus 4 f., 78, 84, 90 f., 100 f., 112–115, 120, 168, 174, 197, 211 f., 299, *siehe auch* Kernbestand der Unionsbürgerrechte
- Unionsrechtsordnung
  - Anwendungsvorrang 51, 150, 152, 287–289
  - temporaler Anwendungsbereich 72
  - territorialer Anwendungsbereich 72
- Unschuldsvermutung, Art. 48 Abs. 1 GRC 341–343
- van Gend & Loos* 37, 51, 287
- Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung, Art. 4 GRC 345
- Verbot der Todesstrafe, Art. 2 Abs. 2 GRC 345
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 305–307, 311–314, 316–319, 323–332
- Vermeidung von Straflosigkeit 27, 298 f., 302–329, 334, 337, 352 f.
- Vertrag von Amsterdam 126, 129–131
- Vertrag von Lissabon 157
- Vertrag von Maastricht 5, 37, 45 *Fn.* 45, 46, 173 f.
- Vertrag von Nizza 129–313, 239 *Fn.* 1259
- Vertragsmodell (Vertragstheorie) *siehe* Auslieferung – dogmatische Einordnung
- Vollstreckungsübernahme 316–329, 342
- Würde des Menschen, Art. 1 GRC 345
- Zugehörigkeit 8 *Fn.* 38